Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. – Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. (einschl. 1.50 Mk. Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 20 Pfg., im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Text- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr 248 — Donnerstag, den 20. Oktober 1921. — 44 Jahrgang

Neustes vom Tage.

Der preußische Landtag nahm gestern scharfe Stellung gegen Wucher und Schmuggel der in doppelter Bedarfsmenge geernteten Kartoffeln.

Der amerikanische Senat lehnte jede Verpflichtung aus dem Versailler Diktat ab.

Gegen portugiesische Minister wurde bei einem Festmahl in Vigo eine Bombe geschleudert.

Die politische Neuorientierung!

Die Oberschlesien-Entscheidung wird uns zu einer politischen Neuorientierung unbedingt zwingen. Nicht allein parlamentarische, sondern vor allem gewichtige innere wie außenpolitische Notwendigkeiten drängen zu dem Entschluß, das gegenwärtige Reichs-Kabinett mit einer neuen Direktive zu versehen. Das muß geschehen durch den Reichstag als den obersten Sachwalter der öffentlichen Interessen des deutschen Volkes. Diese Lage bedingt in sich schon einen politischen Kurs-Wechsel. Dieser aber ist nur denkbar und durchführbar durch eine Neugestaltung der bisherigen Regierungs-Basis. So also wird die Demission des gesamten Reichskabinetts eine notwendige Folge der letzten politischen Entwickelung sein. Ob das neue Kabinett unter den jetzigen Parteien oder auch unter den jetzigen Männern, ja selbst unter dem bisherigen Kanzler Dr. Wirth erstehen wird, ist in diesem Augenblick eine Frage für sich, deren Entscheidung von der Stellungnahme der Parteien und ihrer politischen Einstellung zu den Geschehnissen abhängt.

Die politische Neuorientierung wirft wieder Probleme auf, deren Erörterung geeignet ist, den in letzter Zeit mühsam überkitteten Riß im deutschen Parteileben wieder offen hervortreten zu lassen. Immer und immer wieder stoßen wir auf Grundprobleme der Koalition. Wenn man geglaubt hatte — und nicht nur in parlamentarischen, sondern auch in Regierungs-Kreisen gab man sich dieser Auffassung hin — daß mit einem Gesamtrücktritt des Kabinetts für die Verhandlungen um die Schaffung einer sogenannten großen Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die gegenwärtige parlamentarische Konstellation eine größere Beweglichkeit geschaffen worden sei, so hat man nicht damit gerechnet, daß dieser offenbare Gewinn dadurch wieder beeinträchtigt wird, daß die Sozialdemokraten in einer solchen Entwickelung den Versuch erblicken, das Kabinett Wirth und vor allem den Kanzler selber los zu werden. In engeren Parteibesprechungen haben die Sozialdemokraten ja auch schon mit einem Ausscheiden aus einer neuen Regierungs-Koalition und mit der dann beginnenden scharfen Opposition gedroht. Statt, daß die parteipolitischen Dinge sich gemildert und gebessert hätten, haben sie sich verschärft und verschlechtert. Von der kommenden politischen Neuorientierung wird auch die ganze Struktur unseres Parteiwesens entscheidend beeinflußt. Vor allem wird das parteipolitische Gepräge unserer politischen Führung dann bestimmend für das politisch-parlamentarische Schaffen der nächsten Zukunft sein.

So haben wir allen berechtigten Anlaß, die Neuorientierung unserer Politik, die durch die Oberschlesien-Entscheidung unvermeidlich geworden ist, mit gespanntestem Interesse zu verfolgen. Von ihr wird es abhängen, ob wir einerseits den inneren Frieden und die Ordnung im Innern aufrecht erhalten können, und ob es andererseits möglich ist, ein außenpolitisches Programm nicht nur aufzustellen, sondern auch durchzuführen, das den deutschen Lebensinteressen der nächsten Zukunft gerecht wird.

Die ohnmächtige Internationale.

Unter dem Titel „Und nun die Internationale" gibt August **Winnig** in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" auf den Raub von Oberschlesien ein. Er erweist darauf, was uns alles genommen wurde, Elsaß-Lothringen so elf Zwölftein deutsches Land, Eupen-Malmedy so deutsch wie Dresden und Pirna, Westpreußen und Posen durch Arbeit der Kultur gewonnen und alles genommen, ohne die Bevölkerung zu fragen, ob sie mit ihrem Geschick einverstanden sei. Das ohne Deutschland lebensunfähige Oesterreich dürfe den Anschluß nicht vollziehen. Außerdem müsse man hören, was die Deutschen in Thorn und Bromberg, in Semter und Schroda über sich ergehen lassen müßten. Sei dies das Recht, in dessen Namen wir bekämpft wurden?

Und nun Oberschlesien.

Dort wurde im Namen des Rechts abgestimmt. Unsere Demut ließ es gar nicht zu, in diesem Diktat etwas Rechtswidriges zu sehen. Wir seien eben schon an unsere Sklavenrolle gewöhnt. Die Abstimmung hätte einen unzweifelhaften Sieg Deutschlands gebracht. Aber dieser Spruch gelte nicht. Vier Vertreter fremder Mächte hätten über seine Auslegung entschieden. Deutschland, dessen Leben vom Besitz Oberschlesiens zum guten Teil abhänge, hätte die Entscheidung überhaupt nicht beeinflussen dürfen. August Winnig fragt:

Wo ist die Internationale?

Wenn nun schon die Regierungen der Feindländer Gefäße des gewalttätigsten Imperialismus sind, so sollte sich doch in der sozialistischen Internationale der Geist des Widerspruchs regen und die Regierungen auf den Weg des Rechtes zwingen. Gewiß hätter Mitglieder der Internationale Oberschlesien vor der Entscheidung bereist, aber **ohne irgend einen Einfluß** auf die Entscheidung des Völkerbundes zu haben. Der Sozialismus sei in den Ententeländern nur ein **politisches Schattenspiel**. Eine politische Macht sei der Sozialismus allein in den germanischen Ländern, von weltpolitischer Bedeutung bloß in Deutschland. Der Krieg habe den **Sozialismus in gleicher Weise aufs haupt geschlagen**, wie Deutschland von der Weltpolitik ausgeschaltet sei.

Mit der Entente habe die Reaktion gesiegt.

Die Internationale habe immer die deutsche Sozialdemokratie im Namen des Rechts informiert. Warum rühre die Internationale keinen Finger, um einer Vergewaltigung des Rechts, wie jetzt wieder in der oberschlesischen Frage, zu wehren?

Bezahlte Franken-Kundgebung.

In einem Bericht der (französischen!) Saarregierung an den Völkerbund über ihre Tätigkeit zur Verwaltung des Saargebiets heißt es u. a.:

„Alle **verschwenderischen** Ausgaben des Reiches gegenüber seinen Beamten drohen Rückwirkungen im Saargebiet auszulösen."

Diesen Satz muß man sich besonders jetzt vor Augen halten, wo bekannt wird, daß die in der letzten Woche im Saargebiet von den französischen Saarpolitikern im Auftrage der Regierungskommission inszenierten Demonstrationen zugunsten der Frankenwährung **aus der Landeskasse** bezw. aus den Verwaltungskassen der Verkehrsanstalten **bezahlt wurden.** Das beweisen

zwei Anschläge,

die auf der Eisenbahnhauptwerkstätte in Saarbrücken-Burbach bekannt gegeben wurden und in denen es heißt:

„Die versäumten zwei Stunden für Frankendemonstration werden im Tariflohn weiter bezahlt Abteilung Gratz."

Ferner: „Laut Verfügung tritt für die am Montag versäumte Arbeitszeit kein Lohnausfall ein. Abteilung Palm."

Die Eisenbahndirektion Saarbrücken für die Saareisenbahnen unterstellt direkt der Saarregierung. Wenn in dem Anschlag gesagt wird „Laut Verfügung", so heißt das, daß die Saarregierung der Eisenbahndirektion entsprechende Anweisungen gegeben hat. In der „Saarbrücker Landeszeitung" wird berechnet, daß für die Eisenbahner, die aus der Eisenbahnwerkstätte Burbach an der Frankendemonstration teilnahmen, allein **57 000 Mark** zu zahlen sind. Aus verschiedenen Andeutungen in der Presse des Saargebiets geht hervor, daß auch die übrigen Demonstranten entsprechende Vergütungen für entgangenen Arbeitsverdienst gezahlt wurden.

Es wäre interessant, zu erfahren, wie die Saarregierung derartige Ausgaben dem Völkerbund gegenüber begründen will, ohne sich den Vorwurf zu verdienen, Gelder der Landeskasse auf Kosten der deutschen Saarbevölkerung zu französischen Agitationszwecken verwendet zu haben. Derartige Manipulationen kann sich allerdings die Saarregierung nur deshalb erlauben, weil ihr Budget keinerlei Kontrolle durch ein Parlament unterworfen ist.

Preußischer Landtag.

Berlin, 19. Okt. Auf der Tagesordnung steht die große Anfrage über die

Kartoffelversorgung

mit den Anträgen **Winkler** (D.-natl.) über rechtzeitige Maiseinfuhr, um angesichts der Kartoffelmißernte die Kartoffeln ausschließlich für die menschliche Ernährung freizubekommen; **Jakobi-Raffauf** (Ztr.) auf Herabsetzung der Eisenbahntarife und **Schulz-Neukölln** (Komm.) auf Einführung des Kartoffelablieferungszwanges, ferner **Krause** (Deutsche Vpt.) über Maßnahmen gegen Kartoffel-Verschiebungen ins Ausland und gegen Preiswucher und Ankäufe, sowie auf Transporterleichterungen, und schließlich **Allian** (Komm.) auf das Verbot des Verkaufs von Saatkartoffeln vor dem 25. Februar.

Abg. **Gronowski** (Ztr.): Wir verlangen endgültige Erklärung, nicht endgültige Ankündigungen und Verordnungen, die nur auf dem Papier stehen. Trotz der Mißernte seien noch immer 35 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet worden. Wir brauchen zur Ernährung nur 18 Millionen; es könne also

kein Mangel

bestehen. Redner fordert energische Betätigung der Preisprüfungsstellen und scharfe Anwendung des Wuchergesetzes. (Beifall.)

Abg. **Limbertz** (Soz.): An den hohen Kartoffelpreisen trägt nicht nur die Landwirtschaft selbst die Schuld. Wenn es nicht anders geht, muß man das

Zuchthaus anwenden.

Abg. **Riedel** (Dem.) fordert die Ermäßigung der Transportsätze, Maßnahmen zur Unterbindung des illegitimen Handels, Förderung des Abschlusses von Lieferungs-Verträgen und Berufung einer Kommission der Verbraucher, Erzeuger und Handelsvertreter zur Sicherstellung der Ernährung bei erträglichen Preisen. Es muß dagegen eingeschritten werden, daß **nach Holland und Dänemark** Kartoffeln in großen Zügen über die Grenze gehen.

Abg. **Schulz-Neukölln** (Komm.) kritisiert scharf die Rechtsprechung der Wuchergerichte.

Weiterberatung Donnerstag.

Der kappistische Putsch-Prozeß.

Jagow und Wangenheim.

Berlin, 20. Okt. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig beginnt nächstens der Prozeß gegen d. Regierungspräsidenten a. D. Traugott v. Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichslandbundes und der pommerschen Landwirtschaftskammer Dr. phil. h. c. Freiherrn von **Wangenheim-Kleinspiegel** wegen Beteiligung am Kapp-Putsch.

Beide Angeklagte sind des Verbrechens des **Hochverrats** (§ 81 Str.-G.-B.), und zwar als Mittäter beschuldigt. Sie sollen im März 1920 gemeinschaftlich unter sich und im Verein mit dem Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp, dem General v. Lüttwitz und anderen es unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Die Amnestieverordnung vom 4. August 1920 ist für beide Angeklagte nicht zur Anwendung gekommen, weil sowohl v. Jagow als Freiherr v. Wangenheim als Führer des Kappunternehmens betrachtet werden. Die Anklageschrift, die 100 Seiten umfaßt, geht sehr ausführlich auf die Anbahnungsgeschichte des Militärputsches ein. Ein Anfang sei in der Bewegung unter den **in Ostpreußen** stehenden Truppen zu erblicken, die zu der Zeit, als es sich um die Unterzeichnung des Friedensvertrages handelte, zur Rettung Danzigs ein Vorgehen gegen Polen geplant hatten. Schon damals habe Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp sich mit militärischen Stellen Ostpreußens in Verbindung gesetzt, um sie für ein Unternehmen zu gewinnen, das nach der Behauptung der Beteiligten als **nationale Abwehr**, nicht aber als eine politische Aktion gedacht war. Einen weiteren Anfang der Ursachen des Militärputsches erblickt die Anklageschrift in der Bewegung, die sich gegenüber der Forderung des Verbandes auf **Auslieferung der „Kriegsverbrecher"** und ferner zur Niederwerfung einer **bolschewistischen Gefahr** geltend gemacht hat. Die stärkste Bewegung sei in militärischen Kreisen eingetreten, als die Herabsetzung der Heereszahl von den Verbündeten verlangt wurde und sich viele

Offiziere und Mannschaften von der Brotlosmerdung bedroht

gesehen hätten. Diese Bewegung habe sich am schärfsten bei den in Döberitz liegenden Formationen der **Brigade Ehrhardt** bemerkbar gemacht. Der Haftbefehl der Reichsregierung gegen Kapp, General v. Lüttwitz und Hauptmann Pabst hätte diese Truppen dann zum

vorzeitigen Losschlagen

veranlaßt. Die Anklageschrift geht weiter auf die bekannten Vorgänge des 13. März 1920 ein, auf die Flucht der Reichsregierung und die Bildung der Kappregierung, in der v. Jagow den Posten des Außenministers bekleidete, während Freiherr v. Wangenheim von Kapp zum Landwirtschaftsminister ausersehen war, ohne indessen seine Ernennung je erhalten oder diesen Posten je bekleidet zu haben.

Bis jetzt sind rund **90 Zeugen** geladen worden die gruppenweise vernommen werden sollen. Die ersten beiden Verhandlungstage werden voraussichtlich nur die Vernehmung der beiden Angeklagten bringen. Als Zeugen werden vernommen Reichsjustizminister Schiffer, Oberpräsident Noske, Oberpräsident a. D. Winnig, General Märker, Admiral v. Trotha, General Lüdendorff, Freiherr v. Falkenhayn, Direktor des pommerschen Landbundes v. Dewitz, Staatsminister a. D. Hergt, Geheimrat Doe, Dr. Stresemann, General v. Seeckt, Kommerzienrat Arnhold, der frühere Kriegsminister Generalleutnant Reinhard und die Generale v. Hülsen und v. Boc, v. Oven und v. Theyssen, Pfarrer Traub, Oberfinanzrat Bang, Reichsjustizminister Dr. Heinze und der deutsche Gesandte in Tiflis Ulrich Rauscher.

Angeklagte, die sich stellen wollen.

Berlin, 19. Okt. Im Kapp-Prozeß ist eine Aenderung der Sachlage dadurch eingetreten, daß vier der Angeschuldigten, nämlich Oberst **Bauer**, Korvettenkapitän **Ehrhardt**, Major **Pabst** und Schriftsteller **Schnitzler** sich bereit erklärt haben, sich dem Gericht zu stellen, wenn sie gegen Sicherheitsleistung **mit der Untersuchungshaft verschont würden.** Das Reichsgericht hat ihnen durch Beschluß vom 17. Oktober sicheres Geleit bewilligt, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich ungesäumt dem Untersuchungsrichter in Leipzig zur Verfügung stellen, daß sie an einem, im Benehmen mit dem Untersuchungsrichter zu bestimmenden oder von diesem bezeichneten Ort im Inland Aufenthalt nehmen, diesen Ort ohne gerichtliche Genehmigung außer zur Wahrnehmung gerichtlicher Termine nicht verlassen und daß sie jeder Ladung zu einem gerichtlichen Termin Folge leisten. Auf diese Weise wird es möglich, das Verfahren gegen den größten Teil der Angeschuldigten in der Kappsache, auch gegen die Angeschuldigten von Jagow, von Wangenheim und Dr. Schiele einheitlich durchzuführen. Der gegen letzteren bereits auf den 27. Oktober angesetzte Hauptverhandlungstermin mußte daher aufgehoben werden. Das Verfahren gegen sämtliche Angeschuldigte wird nach Möglichkeit beschleunigt. Mit dem Stattfinden der Hauptverhandlung ist in allernächster Zeit zu rechnen.

Forderungen der Kriegsopfer-Organisation.

Der Bund erblindeter Krieger, der Einheitsverband, der Internationale Bund, der Reichsbund und der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Berlin NO 18, haben in einer gemeinsamen Eingabe an den Reichstag nachstehende Forderungen aufgestellt:

1. Die Teuerungszulage nach § 87 R. B. G. ist auf 80 v. H. in der Ortsklasse A, auf 90 v. H. in den Ortsklassen B. und C und auf 100 v. H. in den Ortsklassen D und E hinaufzusetzen; ebenso wird zur Beschaffung von Wintervorräten die Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe erbeten.

2. Abschaffung der im § 28 R. V. G. vorgesehenen Ausgleichzulage unter gleichzeitiger Erhöhung der Grundrente um mindestens 25 v. H.

3. Beseitigung der in den §§ 63/64 R. V. G. vorgesehenen Ruhensvorschriften.

4. Sofortige Umrechnung der Renten ohne ärztliche Untersuchung unter Zugrundelegung des alten Hundertsatzes in den neuen Gebührnissen.

Die genannten Organisationen erblicken in den §§ 28, 63 und 64 die stärksten Hindernisse für die sofortige Durchführung der Renten-Umanerkennung, auf welche der größte Teil der Versorgungsberechtigten heute noch wartet. Die letzte Forderung bezweckt eine reinliche Scheidung der Umanerkennung von der Rentennachprüfung. Die Verquickung dieser beiden Verwaltungsmaßnahmen hat unter der Verkennung der sozialen Lage der Versorgungsberechtigten zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt. Die genannten Organisationen haben den Reichstag gebeten, sie vor der Beschlußfassung zu den Anträgen zu hören.

Aus dem Reiche.

Geldhilfe für Gewerbetreibende.

Der Vorschlags-Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erklärte sich grundsätzlich mit dem Entwurf für eine Kreditvereinigung der Gewerbe einverstanden. Er wird dem Plenum empfehlen, die Regierung um die Einbringung eines Gesetzes über die Bildung einer Kreditgemeinschaft unter Zugrundelegung der in dem Entwurf enthaltenen Richtlinien zu ersuchen.

Ausland.

Vereinigte Staaten.

Versailles nicht anerkannt.

Im Senat wurde mit 266 Stimmen gegen 8 Stimmen ein Zusatzantrag angenommen, nach dem die Vereinigten Staaten bei der Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland keine Verpflichtung aus dem Versailler Friedensvertrag übernehmen.

Griechenland.

Pariser Friedens-Verhandlung?

Der griechische Ministerpräsident Gunaris und der Minister des Aeußern Baltazzi trafen zu Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Briand in Paris ein. Wie „Petit Journal" mitteilt, ist gegenwärtig durch ein sicher nicht unbeachtetes Zusammentreffen auch der Vertreter der Regierung von Angora Bekir Sami Bei in Paris.

Türkei.

Rückentritt.

Nach dem „Newyork Herald" wurde in Moskau dieser Tage der Frieden zwischen den Sowjet-Republiken Aserbeidschan, Armenien und Georgien einerseits und der Türkei anderseits unterzeichnet. Einzelheiten des Friedensvertrages fehlen noch.

Portugal.

Bomben-Anschlag.

Die Madrider Zeitung „A. B. C." meldet aus Vigo: Aus Lissabon eingegangene Nachrichten bestätigen, daß am Schluß eines von dem Bürgermeister der Stadt den Regierungsmitgliedern gegebenen Festessens eine Bombe in den Augenblick in den Bankettsaal geworfen wurde, als die Minister den Saal verlassen wollten. Die Bombe verletzte mehrere Regierungsmitglieder leicht. Die Polizei nahm die Verhaftung mehrerer Revolutionäre vor, die sich in ein benachbartes Kaffee geflüchtet hatten.

Kriegervereine und „Reaktion".

Ein bedauerliches Zeichen unserer völkischen Zerrissenheit ist das immer wieder auftauchende Märchen von den reaktionären Kriegervereinen. Leute, die weder den Zweck noch die Tendenz des Kriegervereinswesens verstehen und sich garnicht die Mühe geben, einmal einen Blick in die Kriegervereinspresse oder in das kameradschaftliche Leben eines Kriegervereins zu tun, fühlen sich mitunter plötzlich berufen, dem Kriegervereinswesen die unsinnigsten Absichten vorzuwerfen.

Meist entspringt solcher Vorwurf parteipolitischen Gründen: man würde es zu gern sehen, wenn die Millionen-Organisationen des Kriegervereinswesens grade mit der Partei liebäugelt, der man selbst angehört. In Parteiverblendung wird oft übersehen, daß die Kriegervereins-Organisation keine Partei-Organisation darstellt, daß sie den großen vaterländ. Gedanken vertritt und grade anstrebt, die parteiliche Zerrissenheit unseres Volkes auszugleichen. Es gibt leider gute Deutsche, denen die parteipolitisch neutrale, aber darum eben zielbewußt vaterländische Haltung der Kriegervereine zum Dorn im Auge wird, wenn ein Kriegerverein beispielsweise einer vom einseitigen links- oder rechtsgerichteten Parteistandpunkte aus als „vaterländisch" bezeichneten Veranstaltung fernbleibt. Auf der einen Parteiseite nennt man diese selbstverständliche Neutralität dann schnell „reaktionär" oder „monarchisch" — auf der anderen beeilt man sich, vom „wankelmütigen und treulosen Kriegerverein" zu sprechen.

Alle diese Vorwürfe können nur von Personen ausgesprochen und geglaubt werden, die blind sind gegen den einigenden Gedanken des Kriegervereinswesens, der sich ausdrückt in Vaterlandsliebe und Liebe zum Volke, in der Stärkung des Deutschbewußtseins und in der Erinnerung an die Großtaten unseres Heeres in Krieg und Frieden.

Aus Stadt und Land.

Gravelsberg, 20. Oktober.

Kauft keine Feindbundware!"

Diese Mahnung erscheint uns angesichts der steigenden Notlage unserer Wirtschaft und der Bedrückungen von außen selbstverständlich. Dennoch wird sie oft als chauvinistisch oder „nationalistisch" bezeichnet und daher in gewissen Kreisen sogar verurteilt. Nichts falscher und kurzsichtiger als dies!

Wir können es uns nicht leisten, immer neue Mengen deutschen Geldes für Luxusprodukte dem Auslande in den Schoß zu werfen, in dieser Zeit, in der es vor allem darauf ankommt, Rohstoffe hereinzubekommen, um sie durch unsere Arbeit zu veredeln und unsere darniederliegende Wirtschaft durch diesen Prozeß zu stärken. Wir können es uns aber gleichermaßen nicht leisten, noch so edelwertige Waren ausländischer Herkunft den Erzeugnissen unserer eigenen Industrie vorzuziehen, ganz abgesehen davon, daß uns — die wir die Zahlung harter Reparationssteuern und -lasten auf uns genommen haben, bezw. nehmen mußten — äußerste Sparsamkeit ziemt. In einer sparsamen Wirtschaft jedoch haben Luxusprodukte, wie wir sie vorzugsweise aus Frankreich vor dem Kriege für nicht weniger als eine Milliarde Goldmark bezogen, keinen Platz mehr. Man darf wohl annehmen, daß die allein durch die Not der Zeit hervorgerufene Ablehnung ausländischer Waren durch die deutschen Käufer mindestens ebenso dazu beitrug, die von gegnerischer Seite kürzlich wieder einmal heftig beklagte Verminderung der Einfuhr französischer Luxuswaren nach Deutschland herbeizuführen, wie das amtliche Einfuhrverbot für fertige Luxuserzeugnisse.

Frankreich aber erblickt darin, daß seine Waren — in der Hauptsache Weine und teure Toilettenartikel — überhaupt nicht eingelassen wurden, eine gegen den Versailler Friedensvertrag verstoßende Schikane. Es drohte mit einer verschärften Wiederholung des bereits vor einigen Monaten durch den französischen Botschafter Laurent erhobenen Protestes gegen diese angebliche Benachteiligung. Diese wurde auch unlängst anläßlich der in Paris stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem deutschen Staatssekretär Hirsch und dem französischen Unterstaatssekretär Seydoux von französischer Seite stark gerügt. Statistische Angaben, in denen ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates an Hand der erteilten Ausfuhrbewilligungen für die Zeit vom Anfang Juli bis Mitte September 1920 die Einfuhr derartiger durchaus entbehrlicher Waren aus Frankreich auf nicht weniger als 1 431 180 000 Mark berechnet hat, zeigen deutlich, daß die französische Beschuldigung bewußt falsch oder doch irrtümlich sein muß. Unter den einzelnen Posten finden wir Kognak, Haarnetze, Seide und Tüll, Seidengewebe, Pelze, Schmuck, Federn, Reifen usw. Dazu wurden eingeschmuggelt und durch Beschlagnahmen erfaßt allein im Mai für 3 110 905 Mark Alkoholika und für 3 699 000 Mark Zigaretten, Tabake usw. Nach der französischen Statistik lieferte Frankreich an Deutschland 1920 Seide und Riechstoffe im Betrage von 4 Millionen Mark, Konserven (Konfitüren, Früchte usw.) für 88 Millionen Mark und alkoholische Getränke für nicht weniger als 390 Millionen Mark.

Es ist verständlich, daß — wie von französischer Seite betont wird — die Passivität der französischen Handelsbilanz dringend eine Steigerung des Exports an Luxusartikeln verlangt; nur daß hierfür vor allem der deutsche Markt herhalten müßte, ist widersinnig. In der Praxis stellt es sich als unmöglich heraus, wenn derselbe Gläubiger, der die Geißel der Sanktionen und Sicherheiten schwingt und seinen Schuldner bis zum Weißbluten zahlen lassen will, gleichzeitig fordert, daß ihm derselbe Schuldner überflüssige Dinge abnimmt. Darum Deutsche: Kauft keine Feindbundware! Ihr handelt damit nach Eurem Wort vom 11. Mai und nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im wahren Interesse Eurer Gläubiger.

*

Wann wird die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pfg. berechnet?

Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pfg. fällig, wenn der Anschluß des Anrufenden mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist und diese oder eine daran angeschlossene Nebenstelle, den Anruf beantwortet. Solange sich der gewünschte Teilnehmer noch nicht gemeldet hat, wird die Gebühr also nicht berechnet.

Ist der Teilnehmer an eine Hauszentrale angeschlossen, z. B. innerhalb eines großen Geschäftshauses, und antwortet er hier auf Anruf seines seiner eigenen Zentrale nicht, so ist die Gesprächsgebühr fällig, weil die Verbindung des Fernsprechamtes mit der Zentrale mit Erfolg hergestellt worden war und die Zentrale in diesem Falle für das Fernsprechamt die Stelle des angerufenen Teilnehmers vertritt. Meldet sich ein angerufener Teilnehmer und stellt der angerufene fest, daß es sich um eine falsche Verbindung handelt, so muß er seinem Amte durch das sogenannte Flackerzeichen (dreimaliges langsames Niederdrücken der beweglichen Gabel bei Tischgehäusen oder des beweglichen Hakens bei Wandgehäusen) zu erkennen geben, daß etwas bei ihm nicht in Ordnung sei, und der Beamtin den Sachverhalt zur Berichtigung der Gebührenliste mitteilen. Ebenso hat er sich bei Unterbrechungen oder sogenannten Doppelverbindungen zu verhalten. Die Behauptung, daß die Falschverbindungen, die übrigens zur Hälfte durch Versehen der anrufenden Teilnehmer selbst herbeigeführt werden, seit dem 1. Oktober erheblich zugenommen hätten, ist unzutreffend. Nach den bei den Fernsprechämtern dauernd geführten Kontrollen nehmen die Falschverbindungen im Gegenteil seit Benutzung der besonderen Zahlenaussprache fortgesetzt ab. Auch die vorzeitigen Trennungen von Gesprächen werden weiter zurückgehen, weil das Fernsprechpersonal seit Einführung des Ortsgesprächstarifs mit größerer Ruhe arbeiten kann, indem viele überflüssige Gespräche (Plaudereien und dergl.) jetzt weggefallen sind und die Beamtinnen deshalb die Verbindungen nicht mehr in so großer Hast wie unter der früheren Ueberlastung des Betriebes herzustellen brauchen.

Die Anwendung des Flackerzeichens in den vorbezeichneten Fälle ist unvermeidlich, wenn sich der anrufende Teilnehmer vor einer Mehranrechnung von Gesprächsgebühren schützen will. Denn die Beamtin weiß von dem Bestehen einer Falsch- oder Doppelverbindung oder einer Unterbrechung nichts, weil sie wissentlich dies nicht herbeigeführt hat und sie in den Fällen, wo ihr der rufende Teilnehmer eine falsche Nummer nennt oder wo ein vorübergehender kleiner Fehler im Wielsachsystem des Amtes eine Doppelverbindung hervorrief, hierfür überhaupt nichts kann. Auch im Auslande, wo (wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und anderen Ländern, die mit dem Gesprächszähler seit Jahr und Tag arbeiten) dergleichen Zwischenfälle ebenso eintreten, ist der Teilnehmer genötigt, dasselbe Mittel anzuwenden, weil es eine andere technische Lösung nicht gibt.

Die Ortsgesprächsgebühr wird nicht berechnet bei Verbindungen, die nicht zustande kommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht antwortet oder besetzt ist. Sie wird auch nicht berechnet, wenn die Verbindung aus anderen Gründen (Betriebsstörung, Sperre, längere Abwesenheit des angerufenen Teilnehmers vom Ort) nicht hergestellt werden kann. Ebensowenig sind alle Anmeldungen von Ferngesprächen, sowie Gespräche der Teilnehmer mit Betriebsstellen des Amtes (Störungs-, Auskunfts-, Beschwerde- und Aufsichtsstelle) in Angelegenheiten des Fernsprechbetriebes gebührenpflichtig.

*

— **Neue Siegel, Stempel und Siegelmarken** müssen jetzt für die ganze preußische Verwaltung beschafft werden, weil das Staatsministerium ein neues Landeswappen eingeführt hat. Es zeigt auf weißem Grunde den einköpfigen, fliegenden schwarzen Adler, den Kopf nach rechts, den geschlossenen Schnabel und die Fänge gelb. Maßgebend sind die Muster, die im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verwahrt werden. Mit der Beschaffung der neuen Siegel, Stempel und Marken ist der Direktor der staatlichen Münze beauftragt, wegen der ernsten Finanzlage sollen nur die allernotwendigsten angeschafft werden. Die bisherigen Siegel und Stempel werden unbrauchbar gemacht, die aus Metall durchgefeilt; solche mit geschichtlichem oder kunstgewerblichem Wert sind an das Staatsarchiv abzuliefern. Auch die Notare müssen neue Siegel anschaffen und die alten an die Amtsgerichte ablefern.

— **Fernsprech-Vereinigungen.** Nach der neuen Fernsprechordnung sind Vereinigungen von Personen, Firmen usw. zugelassen, die sich lediglich in der Absicht zusammenschließen, Fernsprecheinrichtungen gemeinsam zu benutzen. Die Telegraphenverwaltung erkennt solche Vereinigungen widerruflich unter folgenden Voraussetzungen an, wobei sie die einzelnen Beteiligten auch in das amtliche Fernsprechbuch aufnimmt; Personen usw., in deren Räumen sich keine Sprechstelle befindet, müssen entweder mit dem Teilnehmer gemeinsame Wohnung oder gemeinsame Geschäftsräume innehaben oder die beiderseitigen Wohn- oder Geschäftsräume müssen so zueinander liegen, daß durch das Herbeirufen der Mitbenutzer keine unverhältnismäßig lange Wartezeiten entstehen. Die Eintragung erhält vor der Rufnummer den Zusatz: Herbeizurufen durch . . . (Familiennamen des Anschlußinhabers). Schließen sich die Inhaber eines oder mehrerer Hauptanschlüsse zusammen, um eine Nebenstellenanlage gemeinsam zu betreiben, so müssen sich ihre Wohn- oder Geschäftsräume in dem gleichen Gebäude befinden. Die Inhaber solcher Hauptanschlüsse haben sich schriftlich zu verpflichten, für alle auflommenden Gebühren als Gesamtschuldner zu haften. Für Nebenstellen wird der Zuschlag von 40 Mark nur erhoben, wenn sie sich in Wohn- oder Geschäftsräumen anderer Personen, als der Inhaber der gemeinsam betriebenen Nebenstellenanlage befinden.

— **Folgenummern für Fernsprechanschlüsse.** Gegenüber Fernsprechteilnehmern mit starkem Verkehr sorgen die Fernsprechämter dafür, daß genügend Platz für weitere Anschlüsse des Teilnehmers unter Zuteilung von Folgenummern vorhanden ist. Folgenummern sind Rufnummern, die nach ihrer Lage in Klinkenfeld eine in sich geschlossene Umrandung haben, sodaß sie ohne weiteres vom Amt aus wahlweise benutzt werden können. Es empfiehlt sich daß Teilnehmer mit einer größeren Zahl von Anschlüssen diese möglichst in solche für abgehenden und ankommenden Verkehr trennen. In solchen Fällen braucht nur die Anschlüsse für den ankommenden Verkehr zusammen gelegt werden.

Veranstaltungen.

Donnerstag, 20. Oktober.

Evangel. Gemeinde: Abs. 8 Uhr Unterhaltung der Bibelstunden-Besucher am Lichterplatz.

Wilde Jagd.

Roman von Alfred Wilson-Barrett.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Emil Hein.

25) (Nachdruck verboten.)

So nahm er sich denn zusammen und fing an zu laufen. Er rannte Holborn entlang, indem er dabei scharfen Ausslug nach einem Cab hielt. Die großen Restaurants waren unglücklicherweise bereits geschlossen und zu solcher Stunde war Holborn nicht der Platz, wo man hoffen konnte, viele Droschken zu finden und Anson mußte ein langes Stück Weges laufen, bis endlich helltönendes Schellengeklingel und rascher Hufschlag an sein Ohr schlugen und ein schmucker Wagen sichtbar wurde.

Er nickte dem Kutscher und sprang behend auf den Wagentritt.

„West Street, Whitechapel Road" rief er, „doppelte Taxe, wenn Sie rasch fahren." Und fort ging es.

14. Kapitel.

Nach einer schier unendlichen Fahrt bog das Gefährt endlich rasselnd und polternd in eine dunkle Straße in der Gegend von Whitechapel ein.

Anson entlohnte den Kutscher und hieß ihn fortfahren, dann schickte er sich an, das Haus, vor dem der Wagen gehalten hatte, einer eingehenden Musterung zu unterziehen.

Er fand sich einer kleinen Tür in einer Ziegelmauer gegenüber und schloß daraus, daß das Haus in einem Garten stehe, wenn auch die Mauer zu hoch war, um hinübersehen zu können. Die Straße war schlecht beleuchtet, doch als er ein Streichholz anzündete, entdeckte er die gesuchte Nummer des Hauses auf einer gravierten Messingplatte neben dem Eingange und unter dem Glockenzuge stand zu lesen: „Bitte läuten!"

Er folgte dieser Einladung und der an den Häusern der Straße sich brechende Schall gab den Ton der Glocke deutlich wieder zurück. Aber er erhielt keine Antwort; er läutete nochmals und noch einmal, jedoch ohne Erfolg; entweder war niemand zu Hause, oder Durand war ihm zuvorgekommen. Obwohl Anson sehr rasch gekommen war, schien dies doch nicht ausgeschlossen. Auf jeden Fall wollte er darüber im Klaren sein, wie die Dinge standen. Er schätzte die Höhe der Mauer mit einem Blick ab, mit einem Sprung konnte er sich hinaufschwingen und mit Leichtigkeit kam er auf der anderen Seite wieder auf den Boden.

Das Haus, dessen Umrisse er nun schwach sehen konnte, war ungefähr fünfundzwanzig Schritte von ihm entfernt u. lag in Dunkelheit da — wenigstens gaben die Fenster keinerlei Zeichen dafür, daß es bewohnt war. Und während er behahe fürchtete, daß er eine unnütze Reise gemacht habe, strauchelte er, wie er annahm, über ein paar Blumen und schlich sich näher an das Haus heran. Er hatte beinahe das Tor erreicht, als ein Geräusch ihn stehen bleiben ließ. Es hatte ihm geschienen, als ob leise ein Fenster geöffnet wurde. Er schaute hinauf und glaubte zu erkennen, daß jemand sich aus dem Fenster beugte und der rasch sich entfernenden Droschke nachblickte. Wer immer der Beobachter auch sein mochte, es war schwer möglich, daß er Anson sehen konnte, wenn es auch ganz außer Zweifel war, daß man nach ihm Ausblick hielt, und so verharrte er einige Minuten lang regungslos.

Er nahm an, daß der Haupteingang des Hauses noch immer verschlossen sein würde, und ging daher behutsam um die Rückseite des Hauses herum, wo er hoffte, Mittel und Wege zur Ermöglichung seines Eindringens zu finden. Es schien zwar sonderbar, in solcher Weise sich bei nächtlicher Zeit den Eintritt in ein fremdes Haus zu erzwingen, warum aber, wenn das Haus bewohnt war, hatten seine Bewohner auf das Läuten nicht geantwortet? Das an und für sich schien schon verdächtig, dazu kam noch, daß Charters in diesem Hause verborgen gehalten wurde, und Anson war entschlossen, dieses Rätsel zu lösen.

Die Rückseite des geheimnisvollen Hauses war gleich der Front vorsichtig in tiefes Dunkel gehüllt, aber Anson glaubte, daß er drinnen Fußtritte hörte, und einmal drang ein Lichtstrahl durch die Lücke eines der Fenster im oberen Stockwerke. Behutsam versuchte er, die rückwärtige Tür zu öffnen; wie er vermutet hatte, war auch sie geschlossen. Einige Zeit lang wanderte er nun rings um das Haus herum, um vergeblich nach einem Punkt zu suchen, von dem aus er sein Vorhaben, das allerdings ein verbrecherisches war, ausführen und in das Haus einbrechen könnte.

Er ging nun daran, die Fenster zu untersuchen, und schließlich hatte er eins im Erdgeschoß gefunden, das nachzugeben schien, als er sein Taschenmesser einstemmte. Es war ein Flügelfenster, ungefähr drei Fuß hoch vom Erdboden, und nach einiger Anstrengung gelang es ihm, die Flügel nach außen aufzumachen. Er hielt einen Augenblick inne, um zu sehen, ob das Geräusch im Hause nicht beobachtet worden war, dann kletterte er in das Zimmer und zündete ein Streichholz an.

Er zitterte heftig, als er sich in dem mit großem Komfort ausgestatteten Zimmer, offenbar dem Salon des Hauses, umsah. Als das Streichholz bis auf seine Finger verbrannt war, fühlte er sich beinahe versucht, dieses Abenteuer wieder aufzugeben. Aber gerade als er das glimmende Ende fallen ließ, bemerkte er einen Ueberrock, der nachlässig auf die Lehne eines beim Kamin stehenden Sessels geworfen war. Anson glaubte sicher zu sein, daß dies der Rock sei, den Durand kurz vorher in Holborn getragen hatte. Er strich noch ein Zündholz an und besah ihn genauer. Ja, es war kein Zweifel. Der Kragen war ihm noch besonders aufgefallen, denn es war eine Pelzart von einer Art, die für einen Schiffsoarst ziemlich kostspielig war.

Dieser direkte Beweis von Durands Gegenwart machte allem Zaudern ein Ende. Durand war in diesem Hause. Er hatte Geschäfte vorgeschützt. Er hatte erklärt, es wäre zwecklos, noch heute Nacht hierher zu kommen. Und nun war er doch da! Ja, noch mehr, er mußte unmittelbar hierher gefahren sein. Da war Verrat im Werke, und Anson wollte dem auf die Spur kommen.

Er ging zu der Zimmertür, öffnete sie leise und horchte hinaus, ob nicht ein Laut ihm als Führer für das weitere Vorgehen dienen könnte.

Die Tür führte auf die Vorhalle hinaus, die nur einer fast ganz ausgedrehten Lampe nur matt beleuchtet wurde. Gegenüber konnte er eine Treppe sehen, die offenbar zu der Küche hinabging. In diesem sonderbaren Hause schien es aber keine Dienerschaft zu geben, denn er konnte nichts von dem Rascheln der Messer und dem Tellergeklirr vernehmen, das in der Regel aus den unteren Regionen nach oben dringt, und doch war noch nicht die Stunde gekommen, wo der die Dienerschaft, wäre eine solche im Hause gewesen, sich bereits zur Ruhe begeben haben sollte.

Anson wollte gerade weitergehen, um in seinen Untersuchungen fortzufahren, als er zusammenfuhr und dann stehen blieb, zu vernimmt um sich zu regen.

Die Treppe, die er im Auge hielt, machte bei der zweiten Stufe eine scharfe Wendung, die durch einen Schirm von Eichenholz maskiert wurde, der die oberen Stufen dem Auge des Beobachters entzog. Um diese Ecke herum kam ein Mann.

Er war nunmehr ungefähr sechs Schritte entfernt und kam gerade auf Anson zu. Anson fuhr vor Schreck, und das rettete ihn. Der Mann hielte vor der runden Schüssel, die er in einer Hand trug, nach empor, während er mit der anderen Hand die Lampe über seinem Kopf hielt. (Forts. folgt.)

Buchermischer Verein: Abs. 8 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag bei Schäfer.

Freiwill. Feuerwehr: Abs. 8 Uhr Hauptversammlung im Vereinslokal.

Tonbild-Theater: Abs. Vorstellung.

Freitag, 21. Oktober.

Vaterländ. Frauenverein: Nachm. 4 bis 5 Uhr Mütterberatung für Vogelsang in der Uferschule.

Westfalen und Rheinland.

* **Haspe**, 19. Okt. (Zum Mord an der Talsperre) wird weiter gemeldet: Der Befund des Mord-Ausschusses hat ergeben, daß kein Raubmord vorliegt. Es ist jedoch anzunehmen, daß der Tote mit den Mördern bekannt war. Diese werden ihm auf dem Kontrollgang begegnet sein, worauf sie den Weg zu dritt fortsetzten. Auf ein Zeichen wird dem Ermordeten von dem linken Begleiter ein Schlag gegen die Schläfe gegeben worden sein, der T. betäubte. Darauf haben die Mörder den Betäubten in ein Dickicht geschleift und den Ueberfallenen in der scheußlichsten Weise hingemordet. Die Leiche fand man, auf dem Rücken liegend, vor. Am Hals befanden sich 4 Stichwunden, zwei davon im Kehlkopf. Eine weitere Stichwunde befindet sich im linken Nasenwinkel. Weiter weist die linke Stirnseite eine klaffende Wunde auf, ferner befindet sich oberhalb des linken Auges eine blutunterlaufene Beule. Der Ermordete muß ganz plötzlich überfallen worden sein, da er die rechte Hand noch in der Hosentasche hatte. Das Gerücht will wissen, daß eine Eifersuchtstat nicht ausgeschlossen ist. Von dem Talsperren-Aufseher war 1 vor Antritt seines Dienstganges eine Schußwaffe gegeben worden, die er aber unbegreiflicherweise in seinem Rucksack zurückließ.

hn. **Hagen**, 20. Okt. (Vorgehen gegen die Dirnen.) In mehreren vielstündigen Sitzungen eines Ausschusses, dem Stadtverordnete, die Mitglieder der Polizeiausschusses, Vertreter der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Amtsanwaltschaft, der Aerzte usw. angehörten, wurde über die Anträge auf Beseitigung des kasernierten Dirnenwesens beraten. Die gesundheitliche Seite der Frage im Vergleich zu dem geheimen Dirnenunwesen wird von den medizinischen Sachverständigen verschieden beurteilt. Aus strafrechtlichen Erwägungen ist die Kasernierung das kleinere Uebel und schließlich stehen der Aufhebung der genehmigten Häuser Bedenken gewerbepolizeilicher und zivilrechtlicher Hinsicht entgegen. Es wurde beschlossen, das Alkoholverbot streng zu handhaben, die Einführung von alkoholhaltigen Getränken in die Häuser zu unterbinden, eine polizeiliche Ueberwachung der Straßeneingänge durchzuführen und die Eigentumsverhältnisse der Häuser genau grundbuchamtlich nachzuprüfen. Durch Verzug von Dirnen freiwerdende Plätze sollen nicht wieder neu belegt werden, sodaß mit der Zeit die Zahl der kasernierten Dirnen geringer werden muß. Sie beträgt jetzt 30.

* **Hagen**, 20. Okt. (Bischofs-Besuch.) Heute Donnerstag abend trifft der Paderborner Bischof Dr. Caspar Klein in Hagen ein, wo er wird längere Zeit bei Dechant Ostermann zu Gast sein, um von hier aus die Gemeinden des Dekanates aufzusuchen und die Firmung zu spenden. Die Ankunft in Hagen ist 5.54 Uhr nachmittags. Am Bahnhof wird ein festlicher Empfang stattfinden. Die Fahrt geht dann in mehreren geschmückten Autos durch die Bahnhof-, Friedrich-, Elberfelder, Concordia-, Hochstraße zur Marienkirche. Auf dem festlich hergerichteten Kirchplatz wird der Gast durch die gesamte Hagener Geistlichkeit begrüßt und durch die Fahnen-Abordnungen der vier Pfarreien und zahlreiche Engelchen in die Kirche geleitet werden, wo dann der Bischof eine Ansprache an die Gemeinde halten wird.

* **Bochum**, 20. Okt. (Westeuropäische Zeit.) Vom 26. d. M. ab wird die westeuropäische Zeit auch im Eisenbahndienst des neubesetzten Gebietes, also Duisburg Hbhf., Duisburg-Hochfeld Süd, Duisburg-Ruhrort und Mülheim-Speldorf eingeführt.

* **Soest**, 20. Okt. (Preiswürdige Kartoffeln.) Der landwirtschaftliche Ortsverein Lühringsen hat sich bereit erklärt, einen größeren Posten Kartoffeln an Minderbemittelte und Kriegsbeschädigte zu 20 ℳ je Zentner abzugeben.

* **Gelsenkirchen**, 20. Okt. (Nachahmenswertes Beispiel.) Die Arbeiter der Aktiengesellschaft Monopol haben sich bereit erklärt, für die Geschädigten in Oppau eine Ueberstunde zu verfahren. Die Werksdirektion zahlt für die Ueberstunde den tarifmäßigen Aufschlag und zahlt aus ihren Mitteln den gleichen Betrag, den die Ueberstunden bringen, zuzüglich 25 Prozent Aufschlag.

Gerichtssaal.

14jähriger Vatermörder.

Essen, 18. Okt. Unter Anklage des Mordes hatte sich ein 14 Jahre alter Bursche namens Hubert Schild aus Lippe bei Mark zu verantworten. Der Angeklagte hat seinem Vater, dem Kötter Bernhard Schild, am Mittag des 12. Juni dieses Jahres an einer einsamen Stelle im Walde bei Mark aufgelauert und ihn aus dem Hinterhalt erschossen. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren, indem sie Körperverletzung mit Todeserfolg als vorliegend ansah.

Deutsche Erziehung in Mexiko.

Sieben deutsche Schulen bestehen in Mexiko, für die in gewissem Sinne führend die größte, die Schule der deutschen Kolonie in der Hauptstadt geworden ist. Diese hat mit dem 27. Schuljahr 1920 trotz finanzieller und anderer Schwierigkeiten sich in erfreulicher Weise fortentwickelt. Sie ist folgendermaßen organisiert: Ueber einem Unterbau von vier Kindergärten (je zwei für deutsch und für spanisch sprechende Kinder) erheben sich die zwei Hauptabteilungen.

A. für die Schüler mit deutscher Muttersprache, (eine zwölfstufige Oberrealschule nebst Vorschule und eine neunstufige höhere Mädchenschule).

B. für die Schüler mit spanischer Muttersprache. (Deutsch-mexikanische Mittelschule). Sie hat sechs Jahresstufen für Knaben und drei Jahresstufen für Mädchen; sie dient zur Aufnahme solcher Schüler und Schülerinnen (deutscher oder nichtdeutscher Abkunft), die in ihrer Familie nicht deutsch sprechen.

Auch eine Handelsschule wurde der deutschen Schule angegliedert aus dem Bedürfnis heraus, besser vorbereitete Lehrlinge für die deutschen Handelshäuser heranzubilden, zugleich aber auch den aus der mexikanischen Abteilung der Deutschen Schule abgehenden Schülern, die sich dem Kaufmannstande widmen wollen, Gelegenheit zu geben, die notwendigen Fachkenntnisse zu erwerben und sich in der deutschen Sprache zu vervollkommnen. Neben 13 Lehrern wirken an der Schule 21 Lehrerinnen.

Turnen, Sport und Spiel.

Normal-Wettkampf-Geräte.

Der Technische Ausschuß der D. S. B., der sich in Hamburg mit der Frage der Normalgeräte bei Wettkämpfen unter Aufsicht der D. S. B. bereits eingehend befaßt hat, wird in der Ende November stattfindenden Sitzung endgültig Beschluß hierüber fassen. Um allen Wünschen der aktiven Sportler hierbei gerecht zu werden, fordert die D. S. B. alle Aktiven auf, diesbezügliche Wünsche bis 10. November an den Sportwart Eugen Wagener (Berlin-Schöneberg, Bennigsenstraße 10) gelangen zu lassen. Der Technische Ausschuß unterbreitet für die Normalgeräte folgende Vorschläge:

Schlagball: Der Schlagball ist 70—80 Gramm schwer und hat einen Durchmesser von 7—8 Zentimetern. Die äußere Hülle muß aus Leder sein und die Füllung darf keine festen Bestandteile enthalten.

Speer: Der Speer ist aus Holz, wiegt 800 Gr. und hat eine Länge von 2,60 Metern. Am vorderen Ende ist er mit einer scharfen eisernen Spitze versehen. Am Schwerpunkt, der sich zwischen 95 und 110 Zentimeter von der Spitze gemessen, befinden muß, ist durch Umwickelung mit einer einfachen, festumwundenen knotenlosen Schnur von höchstens 5 Millimeter Stärke eine sichere bis zu 15 Zentimeter lange Griffstelle gebildet. Diese Griffstelle muß den Schwerpunkt decken. Für Jugendliche und Frauen ist das Gewicht 500 Gr., die Länge 2 Meter und die Entfernung des Schwerpunktes von der Spitze muß zwischen 65 und 80 Zentimeter liegen.

Kugel: Die Kugel ist 7¼ bezw. 5 Kilogramm schwer und von Eisen. (Bezüglich des Durchmessers und event. Vielfüllung wollen wir uns den neuen internationalen Bestimmungen anpassen, die wir aber noch nicht haben erhalten können. Trotzdem erbitten wir schon jetzt entsprechende Vorschläge.)

Schleuderball: Der Schleuderball wiegt 1¼ Kilogramm und muß einen Umfang von 60 bis 65 Zentimetern haben. Die äußere Hülle muß aus Leder sein und die Füllung darf keine festen Bestandteile enthalten. Die Schlaufe darf 28 bis 30 Zentimeter lang und 25 Millimeter breit sein. Für Jugendliche ist das Gewicht des Balles ein Kilogramm, der Umfang 55—60 Zentimeter, die Länge der 25 Millimeter breiten Schlaufe 23—25 Zentimeter.

Stein: Das 15 Kilogramm schwere Wurfgerät soll 23 Zentimeter lang, 11,5 Zentimeter breit und 8 Zentimeter hoch sein. Es ist aus Eisen herzustellen.

Diskus: Der Diskus muß zwei Kilogramm wiegen und 22 Zentimeter Durchmesser haben. Er muß am glatten Rande — 10 Zentimeter vom Mittelpunkte gemessen — 10—16 Millimeter, am Kern 35—40 Millimeter stark sein. Die Form der Scheibe muß auf beiden Seiten völlig gleich und soll am Mittelpunkte zum Rande leicht nach außen gewölbt sein. Der Diskus kann aus Holz oder beliebigem Metall bestehen. Für Jugendliche und Frauen beträgt das Gewicht 1¼ Kilogramm, der Durchmesser 20 Zentimeter. Die Stärke am Rande (9 Zentimeter vom Mittelpunkt gemessen) 8—14 Millimeter, am Kern 28 bis 33 Millimeter. Die Form ist die gleiche.

Hürden: Bezüglich der Hürden stehen wir noch mit den Fabrikanten in Unterhandlung, die ihre Versuche noch nicht abgeschlossen haben. Auch hierzu sind uns Vorschläge erwünscht.

Kunst und Wissenschaft.

Warum ist der Theaterbesuch so teuer?

Zu dieser die theaterfreudige Bevölkerung besonders interessierende Frage schreibt uns die Theater- und Konzert-Gemeinschaft Hagen i. W.:

Die gewaltige Geldentwertung als Folge eines verlorenen Krieges und des damit verbundenen wirtschaftlichen Zusammenbruches hat natürlich auch die Kosten eines Theaterbesuches gewaltig gesteigert. Gagen, Löhne, Heizung, Materialien usw., alles verlangt heute größere Geldmittel als je zuvor, verschlingen heute große Summen. Das mußte auch die Preise der Plätze der Theater naturgemäß hinauftreiben. Verteuernd wirkt aber auch, daß der Leiter und die Verwaltung eines Theaters immer damit rechnen müssen, daß ihnen in den Vorstellungen so und soviel Plätze unverkauft bleiben. Nicht immer gibt es „ausverkaufte" Häuser, denn leider bilden diese in der Regel Ausnahmen. Durch das Nichtverkauftsein einer Anzahl Plätze aber müssen die durch den Betrieb entstehenden Kosten auf zwei Drittel oder gar die Hälfte der verkauften Plätze verteilt werden. Das heißt, daß jeder Besucher eines Theaters jeweils nicht nur seinen Platz, sondern auch noch einen anderen ganz oder teilweise mitbezahlen muß.

Dieser Verteuerung des Theaterbesuches will die Theater- und Konzert-Gemeinschaft entgegenwirken, die schon an tausend Mitglieder gewonnen hat und noch täglich neue Mitglieder gewinnt. Die Gemeinschaft will den ganzen Theaterbetrieb auf eine Organisation der Theaterbesucher aufbauen. Sie mietet das Theater ganz für so viele Vorstellungen, daß die verfügbaren Plätze grade in Uebereinstimmung stehen mit der Zahl der Mitglieder. Die Mitglieder werden dann nach einem bestimmten Plane und Gruppen zu den Vorstellungen gelobt und zwar zu jeder Vorstellung zwei Gruppen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, bei jeder Vorstellung jeden Platz auszunutzen. Die entstehenden Kosten werden somit auf alle Plätze verteilt.

Ein weiterer Vorteil ist, daß die Theater- und Konzert-Gemeinschaft von ihren Mitgliedern einen Beitrag erhebt. Jeder Platz kostet also gleichviel. Die Plätze wechseln dann durch Auslosung von Vorstellung zu Vorstellung unter den Mitgliedern. Jede Vorstellung der Gemeinschaft wird von zwei Gruppen, zum Beispiel Gruppe A und B, der Mitglieder besucht. Wenn nun bei der ersten Vorstellung die Gruppe A die sogenannten besseren und guten Plätze inne hatte, so werden bei der zweiten Vorstellung die Gruppen ihre Plätze wechseln, d. h. Gruppe B wird diesmal diese Plätze erhalten. Dieses System bedeutet, daß der weniger Bemittelte nicht mehr gezwungen ist, ständig mit einem weniger guten, wenn nicht gar schlechten Platz vorlieb zu nehmen, während der Reiche das Privileg hat, stets einen Parkett- oder Logenplatz einzunehmen. Die Theater- und Konzert-Gemeinschaft hat unter Zugrundelegung ihrer Selbstkosten den Einheitsbeitrag auf monatlich 7,50 Mk. festgesetzt, einschl. der zu veranstaltenden Konzerte.

Die Erhöhung der Kolleggelder an den preußischen Hochschulen ist vom 1. Oktober ab in folgenden Ausmaßen (nach dem Vorbild Badens) in Kraft getreten: Die Kolleggelder werden von 8 Mk auf 10 Mk. für die Semesterstunde erhöht, die bisherigen Seminargebühren, die Gebühren für Einschreibung, Auditorien-Benutzung, Bibliotheks-Beitrag usw. verdoppelt. Für Kriegsteilnehmer, die mehr als vier Semester durch Kriegsdienst verloren haben, bleibt es bei den bisherigen Sätzen. Die offiziöse Ankündigung spricht davon, daß die Erhöhung für den einzelnen Studenten voraussichtlich nur eine Mehraufwendung von 100 Mark bedeute, die bei den recht hohen Gesamtstudentenkosten nicht viel ausmache und obendrein den Studierenden selbst wieder zugute komme durch die Verwendung der Beträge für Bibliotheks- und Institut-Zwecke, sowie für die soziale Fürsorge an der Studentenschaft. Wenn wirklich nur eine Mehrbelastung von 100 Mark für den einzelnen Studenten vorauszusehen ist, dann ist mit dem erzielten Betrag von 4 bis 5 Millionen weder eine großzügige (und dringend notwendige) Vermehrung der Bücherei und Institutsmittel noch eine auch nur annähernd befriedigende Fürsorge möglich.

Geld und Tauschwirtschaft.

Von Dr. E. Jenny.

Nach dem Satze „wenn das Kind ertrunken, deckt man den Brunnen zu" handelt die bolschewistische Staatsweisheit wieder einmal, wenn sie sich jetzt, nachdem sie den Rubel eingestandenermaßen auf 1,50 000 heruntergewirtschaftet hat, um Erhaltung des Geldumlaufs bemüht zeigt. Nebenbei bemerkt, ich sage „eingestandenermaßen", weil die Sowjetregierung selbst diese „Parität" von 1 : 30 000 festgesetzt hat. (In Wirklichkeit ist dies immer noch sozusagen ein Liebhaberpreis für jenes Erzeugnis der Notenmühlen, das in Rußland von der Bolschewisten als Geld ausgegeben wird, — gewalkte Lumpen von ungewalkten.)

Nachdem das Geld futsch ist, begründet die Sowjet-Despotie . . . eine Staatsbank! Es klingt wie Hohn. Aber lassen wir es gelten, als Zeichen der Bekehrung der Räteherren von ihren kommunistischen Illusionen, wenigstens soweit es das Geldsystem angeht. Hier zeigt sich ein weiteres Mal, daß jene zuweilt aus den untersten Tiefen emporgequollenen Brute für Geldfragen die rascheste „Fassungsgabe" besitzt nur mit den Händen, sondern auch mit den geistigen Fähigkeiten) aufbringen und sie sich für alles, was mit Geld zusammenhängt, am verständnisinnigsten erwiesen haben.

Die Letzten, die ihnen das Leben erteilte, waren eher auch von so besonderer Deutlichkeit, daß sie nicht aufzuverstehen waren. Da Kauf und Verkauf als „Spekulation" mit den furchtbarsten Strafen, gleichsam als Todsünden gegen den heiligen Geist des Kommunismus, belegt waren, fanden die legitimen Handelsmöglichkeiten jeden Weg versperrt. Im übrigen halten es die Bolschewisten so weit gebracht, daß die Landbevölkerung buchstäblich „für kein Geld" mehr etwas lieferte. Zu den behördlich festgelegten Taxen erst recht nicht. Blieb also nur der Tausch übrig. Und hier hatten sich Verhältnisse herausgebildet, die einen anmuten wie die in nationalökonomischen Lehrbücher beliebten Beispiele zur Erläuterung der Notwendigkeit einer Zwischenschaltung des Geldes. Sie abstrakt diese Schulbeispiele aufahren, in der Praxis der vom Bolschewismus ermürgten Volkswirtschaft gewannen sie vollste Realität. Man höre nur, wie ein Bericht die Umsätze auf dem Smolensk-Markt schildert.

Einige Bauernwagen sind aufgefahren; auf einem sind eine Anzahl selbstfutter Gänse in einem Käfig. Rund herum, wie es so üblich, Ausverkauf alter Sachen, — heute wahre Schätze, — der darbenden Bürger. Hier wird ein hochrotes seidenes Abendkleid ausgeboten; daneben eine alte Hexe mit einem noch roteren Stück verdächtigen Fleisches. Weiter hält ein alter Mann vier Weingläser feil. Auch zerbeultes Geschirr, Krüge usw. liegen aus. Alles ist heute verwertbar. Jedes Stück alten Hausrates vermag für einige Zeit vor dem Verhungern zu retten.

Ein Käufer nähert sich dem Besitzer der Gänse. „Was kostet die Gans?"

Der Bauer, gleichgültig: „Gar nichts! Verkaufe nicht für Geld."

„Also nur im Tausch?"

„Nur im Tausch!" Achselzuckend streicht der Mann davon.

Ein altes Weib mischt sich dazwischen: „Willst du Wolle für ein Kleid?"

„Was zum Teufel soll ich mit der Wolle!" antwortet der Mujchik, „ich brauche irgendwelches Eisen." Niedergeschlagen schleicht das Weib davon. — Daneben verhökern Bauernweiber Milchprodukte im Austausch gegen allerhand Zeug. In ihnen tritt ein abgerissener Städter: „He, Alte, nimm doch Geld."

„Was fange ich mit Deinem Geld an? Ich brauche Salz. Bring' mir Salz!"

„Wenn ich aber doch selber keins habe!"

„Na, sieh' mal zu. Du wirst schon welches finden", — und der Mann geht weiter . . .

Eine Arbeiterin in Lumpen fragt an verschiedenen Ständen nach den Preisen. Immer derselbe Bescheid; man verlangt Ware aber kein Geld; Ware, die sie nicht hat. Voller Verzweiflung entringt sich ihr die Frage an einen Gemüsehändler, dessen Erzeugnisse sie nicht erstehen kann: „Für wen ist dann der freie Handel endlich wieder gestattet worden?"

Und sie erhält in echt russischer Bildhaftigkeit die tiefsinnige Antwort: „Wenn man nur einen Trog hat, Schweine finden sich immer!"

So also geht nach einer Schilderung Oktanjews heute der Warenumschlag in der sowjet-russischen Volkswirtschaft vonstatten. Ist das nicht die denkbar lebendigste Verbildlichung zu der grauen Theorie von der Nützlichkeit, ja Unerläßlichkeit des Geldes, als des vermittelnden Tauschgutes?

Die Bolschewisten haben die Lehre begriffen. Sie suchen das von ihnen aus dem Verkehr getriebene Geld wieder einzuführen. Und wie sie alles von der höchsten Spitze anfassen, so haben sie . . . eine sowjetistische Reichsbank gegründet.

Diese „Politiker" zäumen auch hier wieder den Gaul vom Schwanz, d. h. von der theoretischen Seite her auf. Auch wenn der klapperige Klepper auf der Vorderhand schon zusammengebrochen ist.

Der unerreichbare Reichtum.

Die völlige Unfähigkeit der Bolschewisten, die ihnen in Rußland zur Verfügung stehenden Naturreichtümer auszubeuten, zeigt sich besonders deutlich am Beispiel des Glaubersalzes. Während das Außenhandelskommissariat Glaubersalz aus dem Auslande einführt, wobei nach den Angaben des Kommissariats der Preis für ein Pfd 96—98prozentiges Glaubersalz in Deutschland eine Mark (?) beträgt, verfügt Rußland in der Karabugas-Bucht des Kaspisees über eine unerschöpfliche Quelle dieses Minerals.

In der Moskauer „Prawda" macht Lazis darauf aufmerksam, daß das Glaubersalz geeignet wäre, das Außenhandelskommissariat aller seiner Exportsorgen zu entheben. Nach den Berechnungen der Hauptsalzverwaltung stellt sich 1 Pud Glaubersalz in den Schwarzmeerhäfen auf 4 Goldkopeken, wobei nur eine Ausbeute von 1 Million jährlich zugrunde gelegt ist. Der Karabugasbusen lagert aber jährlich 30 Milliarden Pud Glaubersalz ab. Lazis schildert weiter die Schwierigkeiten, die darzeit der Gewinnung von Glaubersalz an den Gestaden von Karabugas entgegenständen. Erstlich einmal fehlt es an der primitivsten technischen Ausrüstung; Baumaterial zur Errichtung von Arbeiterwohnungen ist in dieser Salzwüste nicht vorhanden. Die Verbindung mit dem europäischen Rußland läßt sich in Anbetracht der fehlenden Transportmittel nur mit größter Mühe oder überhaupt nicht aufrecht erhalten, und vor allem fehlt es an Geld. Die zum mindesten für den ersten Anfang erforderlichen 1,5 Milliarden Rubel werden nicht bewilligt. Eine Instanz vermeint die Bewilligung des Kredits an eine andere, ohne daß die Sache gefördert wird. Immer mehr Zeit geht verloren, und grade die Wintermonate sind die geeignetste Zeit für die dortige Salzgewinnung.

Die Hauptsalzverwaltung hat sich schließlich gezwungen gesehen, Arbeiter nach dem Karabugasbusen in Marsch zu setzen, ohne ihnen Geldmittel, Werkzeuge oder Verpflegung zur Verfügung zu stellen. Den unglücklichen Arbeitssklaven ist nun der „endsklavende Rat" erteilt worden, sich das Nötige auf dem Wege des inneren Warenumsatzes zu beschaffen. Es ist dies der Gipfelpunkt bolschewistischer Frivolität: In einem als Salzwüste allgemein bekannten Gebiet sollen die unter militärischer Eskorte dorthin geschickten Arbeiter gegen das mit bloßen Händen zusammengekratzte Glaubersalz Lebensmittel, Werkzeuge usw. eintauschen! Wenn anders es Luft und Steinen könnten die Unglücklichen das Salz in den menschenleeren Gebieten anbieten!

So sieht der bolschewistische Wiederaufbau aus.

Wirtschaftlicher Teil.

14 Valuta-Punkte.

Dämmernde feindliche Einsicht.

Der amerikanische Volkswirtschaftler Malcolm Summer veröffentlicht die Eindrücke einer Studienreise durch Deutschland in einer Reihe führender englischer Blätter. Die „Deutsche Allg. Ztg." faßt die bemerkenswertesten Stellen seiner Ausführungen in folgenden vierzehn Punkten zusammen:

1. Dem englischen Handel könnte kein größerer Schaden zugefügt werden, als durch die Eintreibung der Schulden Deutschlands.

2. Der gegenwärtige Tiefstand des Welthandels wird so lange anhalten, bis die Mittelmächte Europas wieder unter normalen Bedingungen kaufen und verkaufen können.

3. Der einzige Weg, auf dem ein normaler Zustand wiederhergestellt werden kann, ist weitestgehende Kreditgewährung an Deutschland und Oesterreich.

4. In Europa unterliegen die Menschen in höherem Grade als gewöhnlich wirtschaftlichen Trugschlüssen.

5. Das (angebliche, Schriftl.) Dumping bedeutet keinen Vorteil für Deutschland und keinen Nachteil für die Länder höherer Valuten. Denn Deutschlands Industrie ist vollauf beschäftigt, wenn sie dem Inlandsbedarf genügen will, und der deutsche Kaufmann ist viel zu geschäftstüchtig, um durch Dumping im Auslande eine feindselige Stimmung zu schaffen.

6. Der Ausfuhrvorteil der niedrigen Valuta wird vollkommen ausgeglichen durch den mit ihr verbundenen Nachteil in der Einfuhr.

7. Die einzigen Märkte, auf denen die deutsche Ausfuhr auf einen Erfolg hoffen kann, liegen im Osten, in Rußland und auf dem Balkan.

8. Der Friedensvertrag unterbindet den Handel Deutschlands mit den Verbündeten, da dieser Handel von dem guten Willen der Verbündeten abhängt.

9. Wenn Deutschland wieder unter normalen Bedingungen kaufen und verkaufen kann, wird der vertikale Zusammenschluß seiner Industrie naturgemäß wieder zu den normalen horizontalen zurückkehren.

10. Der deutsche Industrielle will keine Konkurrenz, will keinen Handelskrieg. Er will die Schaffung normaler Handelsbedingungen, und diese sind eine Angelegenheit der internationalen Politik und internationaler Kredite.

11. Die hohe Valuta ist eine unübersteigbare Mauer und verhindert jeden Handel.

12. Da diese Einsicht sich in Amerika Bahn bricht, wird es nur eine Frage von Monaten sein, bis vom amerikanischen Staate aus die unumgänglich notwendigen Kredite an die Mittelmächte bewilligt werden.

13. Wenn diese Erkenntnis von den Geschäftsleuten Englands und Amerikas nicht bald allgemein geteilt wird, wird Deutschland im nächsten Jahre aufgehört haben, als Nation zu bestehen.

14. Die Wirkung dieses Zusammenbruches wird besonders in Großbritannien und Amerika fühlbar sein, wo die moderne Wirtschaftsmaschine in ihrer Kompliziertheit die Störung durch den Ausfall einer glänzend ausgerüsteten und bestorganisierten Nation wie Deutschland kaum überstehen könnte.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	18. Oktober Geld	18. Oktober Brief	19. Oktober Geld	19. Oktober Brief
Holland 100 Gulden	6518.50	6531.50	6589.10	6603.90
Belgien 100 Frk.	1323.65	1326.35	1198.80	1201.20
Norwegen 100 Kr.	2447.55	2452.45	2267.70	2272.30
Dänemark 100 Kr.	3046.35	3053.65	3296.70	3303.30
Schweden 100 Kr.	4370.90	4379.40	3970.00	3980.00
Finnland 100 finn. M.	271.70	272.30	265.70	266.30
Italien 100 Lire	724.25	725.75	659.30	660.70
England 1 Pfd. St.	714.25	715.75	669.80	670.70
Amerika 1 Dollar	180.81	181.19	171.67	172.33
Frankreich 100 Frk.	1323.65	1326.35	1248.75	1251.25
Schweiz 100 Frk.	3496.50	3503.50	3096.90	3103.10
Spanien 100 Pes.	2422.55	2427.45	2122.85	2127.15
Oesterreich 100 Kr.	—	—	—	—

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Für Kinder
ist die beste Seife
Steckenpferd Buttermilch-Seife

Rolf Richard

Die Geburt eines gesunden
Knaben
zeigen hocherfreut an
Richard Werner
und Frau Elly
geb. Waldschmidt.

Gevelsberg, 20. Oktober 1921.

Carl Carlmeyer
Luise Carlmeyer
geb. Kämper
zeigen ihre Vermählung an.

Gevelsberg, den 20. Oktober 1921.

Ausgeblutet, ausgeblutet,
Hast Du junges Menschenherz,
Doch wir gönnen Dir den Frieden,
Denn Du lagst im tiefsten Schmerz.



Todes-Anzeige.

Heute morgen 1½ Uhr entschlief sanft im Herrn nach kurzem, schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden, unsere innigstgeliebte, herzensgute Tochter, unsere liebe unvergeßliche Schwester, Enkelin, Nichte und Kusine

Ilse

im blühenden Alter von 14 Jahren, 7 Monaten.

In tiefem Schmerz:
Gustav Kötting u. Frau
Alma geb. Schweppe,
nebst Kindern.

Gevelsberg, den 19. Oktober 1921.

Die Beerdigung findet Samstag, 22. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause Bahnhofstraße 16 aus, statt.
Trauerfeier ½ Stunde vorher.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Mutter sagen wir hiermit allen unseren tiefgefühlten Dank.

Familie Hagebölling.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die uns beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen dargebracht worden sind, sagen wir allen, besonders Herrn Pastor Dedecke für die trostreichen Worte am Sarge und am Grabe, sowie den hiesigen Vereinen für deren große Beteiligung und für die überaus zahlreichen Kranzspenden unsern allerherzlichsten Dank.

Wwe. Arnold Wienstroth u. Kinder.

Milspe, den 18. Oktober 1921.

Amt Ennepe. — Bekanntmachung.

Freitag, den 21. Oktober 1921 Kohlenverteilung zu Milspe. Der Verkauf der Bezugscheine findet des vormittags von 8—12 Uhr und des nachmittags von 3—5 Uhr auf der Ortskohlenstelle statt. Preise wie bisher.

Milspe, den 19. Oktober 1921.

Die Ortskohlenstelle.

Kath. Vereinsbühne St. Engelbert.
Literarischer Bildungsverein.

Freitag, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Julius Schilken:

Vortrag: Dante.

Mitglieder erscheinen vollzählig. Freunde recht willkommen.

Duchêne.

Geschäfts-Eröffnung.

Mache hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Lumpensortieranstalt

eröffne, verbunden mit dem Ankauf von altem Eisen, sowie sämtl. Metallabfällen, Papiere und Akten werden unter Garantie des sofortigen Einstampfens aufgekauft.

Hochachtungsvoll
HUGO HEMBECK, Rosendahler Str. 22.
LAGER: Neustraße 2.

Spekulatius, Printen, Makronen, Teegebäck, Zwieback
in nur bester Qualität.
Vereine, Großkonsumenten Vorzugspreise.
Konditorei und Feinbäckerei
Peter Adolphs, Wittener Str. 22.



Qualitäts-Kaffee
finden Sie stets frisch gebrannt und preiswert bei
Ww. Ernst Schulte, Mittelstr. 72.

Büromöbel und Büro-Einrichtung
liefern preiswert
Schlemmer & Kesper,
Hagener Str. 91. Gevelsberg Telefon 982.

Kostüm- u. Kleiderstoffe
kaufen Sie zu billigen Preisen im
Etagen-Geschäft
Diesener, Schwelm
Kaiser Friedrich-Platz 24.

Es werden für sofort gesucht:
Tüchtiger Brenner,
„ Pließer,
„ Hilfsarbeiter.
Max Albers, Vogelsang.



„Dauernd tiefschwarzer Hochglanz"
Erzeugnis der Chemischen Fabrik
Einhorn, Düsseldorf 47.

Tonbild Theater Mittelstr. 36

Heute letzter Tag:
„Die Jagd nach dem Tode".
3. Teil. 6 Akte.
Der Mann im Dunkel.
Ferner:
„Liebe". Wunderbares Filmwerk in 5 Akten.

Jüngerer
Beamter
für Kontor gesucht. Bewerber mit Branchekenntnissen bevorzugt. Briefe mit Lebensl., Ref. u. Ang. frühesten Eintritts erbeten.
Köllmann & Vorlaender

Tüchtige
Maschinensteller
finden dauernde Beschäftigung.
Gevelsberger Nietenfabrik.

Tüchtiger Pließer,
welcher auch Nickel polieren kann, für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Fritz Klein & Co.,
Nordstraße 10.

Auf Formkasten und Formmaschine
erstklassige
Arbeiter
gesucht.
A. Stochler.

Packer-lehrling
gesucht.
Gebr. Schleier
Hochstraße 5.

Für sofort ein tüchtiges
Mädchen
für ganze oder halbe Tage gegen hohen Lohn gesucht.
Näheres Kölner Str. 1.

Arbeiterinnen
gesucht.
R. Dahlmann Sohn.

Zum baldigen Eintritt wird ein braves, ehrliches
Mädchen
gegen guten Lohn gesucht.
Frau Arnold Wienstroth
Milspe, Bahnhofstr. 1.

Aelteres Mädchen od. Kriegerwitwe
zur Führung des Haushaltes zwecks späterer Heirat gesucht. Briefe unter E. D. 63 an die Geschst.

Morgenmädchen
gesucht.
Mittelstraße 20 II.

Modellschlosser.
Wer übernimmt die Anfertigung bezw. Bearbeitung von
Metall-Modellen?
Metall-Abgüsse werden gestellt. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Ztg.

Uebernehme
sämtliche
Ausschachtungs-Arbeiten.
Näh. in der Geschäftsst.

Kleine Kisten
mit Schiebedeckel, für Eisenzeug, gesucht.
Briefe unt. E. L. 989 an die Geschäft. ds. Zeitung.

Ia. Margarine
(Schmelz-Margarine)
in ¼ Pfund Stücken
Mk. **12.50,**
5 Pfund Mk. **60.—.**
Herkenräder
Milsper Str. 99.

Pianos
liefert evtl. auch auf
Teilzahlung
Piano-Bau-Anstalt
Schäfer
Hagen, Goldbergstr. 13a.
Stimmungen, Reparaturen.
Telefon 4563.

Spiritus-Kochplatte, Zerstäubungs-Apparat (Inhalations-) zu verkaufen.
Briefe erbeten unter B. F. 33 an die Geschst.

Weiße Theke
mit Marmorplatte u. Aufschnittmaschine zu verkaufen.
Wittener Straße 8a.

---

1 gebrauchte gut erhaltene
Wringmaschine
zu kaufen gesucht.
Briefe unter K. 73 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Zweischläfiges
Bett mit federbetten
billig zu verkaufen.
Hagener Str. 241 I.

Eine ganz neue Leibbinde, nur für hoffende Frauen, noch nicht gebraucht, sofort zu verk. Briefe unt. E. 63 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Wachsamen
Hofhund
hat abzugeben
H. Thiele, Vogelsang, Breddersfr. 88.

Ein kleines niedliches
Einfamilienhaus
mit etwas Land zu kaufen gesucht. Briefe unter G. N. an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Abgeschlossene
4 Zimmer-Wohnung
gegen eine 3 od. 5 Zimmer-Wohnung zu verkaufen.
Heinr. Kaiser, Nordstr. 8.

Große 2-Zimmer-Wohnung (Mansarden) m. Bodenzimmer, Stallung und Gartenland (Mietspreis 16.90 M.) gegen eine 2-Zimmer-Wohnung zu verkaufen. Briefe u. V. T. 69 an die Geschst.

Kost und Logis
für 3 ordentliche Leute, zusammen oder einzeln gesucht.
Gebr. Dörken

Von Dörnenstraße 7 bis Schule Teichstraße
Brille verloren.
Gegen Belohnung abzugeben Dörnenstraße 7.

Hund zugelaufen.
Abzuholen bei C. Bitter, Teichstr. 44, von 10—3 Uhr.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Heute abend 7½ Uhr
Vorbereitungsstunde
im Vereinshause.



Freiwillige Feuerwehr Gevelsberg

Donnerstag, den 20. Okt., abends 8 Uhr, im Vereinslokal:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Wahl eines 1. Hauptmann.
2. Unterstützung der Unfallverletzten für 25-jährige Dienstzeit.
3. Verschiedenes.
Zutritt: Tuchrock.
Um pünktliches und vollzähliches Erscheinen wird dringend gebeten.
Der 2. Hauptmann.

Obst- und Gartenbauverein
(eingetr. Verein)
Gevelsberg.

Monats-Versammlung
am Freitag, den 21. Okt. 1921, bei Witt. Rosenbohm.
Tagesordnung:
1. Vortrag über Heilpflanzen, (Herr Schröder).
2. Besprechung über eine zu veranstaltenden gemütlichen Abend.
3. Besprechung über die stattgefundene Verbandsausstellung in Milspe.
4. Verschiedenes.
Gevelsberg, 20. Okt. 1921.
Der Vorstand.

Städt. Freibank.
Morgen 8 Uhr:
Verkauf von Fleisch.
Die Polizeiverwaltung.

Geschenk-artikel
für alle Gelegenheiten preiswert bei
H. Horn
Mittelstr. 73.

Kaufe jedes Quantum
Lumpen und altes Eisen
zu Tagespreis an.
Frau Carl Wolff,
Hasslinghausen Str. 29.

Nähmaschinen kauft
auch reparaturbedürftig
Mesch.-Lagerhagen i. W.
Mauerstraße 1.

Wer erteilt
jungem Kaufmann gründl. Unterricht in der französischen Sprache? Briefe unt. Q. 40 an die Geschäftsst.